Nr. 31a
XXXIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
19. Januar 1904

Parlaments-Ausgabe

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 18. Januar, 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Regierungstische: Freiherr v. Hammerstein, Schönstedt, v. Poddielski.

Präsident Fürst **zu Inn- und Knyphausen** teilt mit, daß dem Hause ein Telegramm zugegangen ist, wonach der Kaiser lebhaften Anteil an dem Hinscheiden des Mitgliedes des Herrenhauses Dr. v. Oehlschläger nimmt.

Das Andenken an die seit der letzten Session verstorbenen Mitglieder ehrt das Haus in der üblichen Weise durch Erheben von den Plätzen.

Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kaiser zu seinem Geburtstage die Glückwünsche des Hauses zu übermitteln.

Sodann werden die neu eingetretenen Mitglieder Herzog v. Arenberg, Graf v. Häseler, v. Hahnke, Graf v. Schlieffen, Graf Wartensleben, v. Czapski und v. Siemens vereidigt.

In die Statistische Centralkommission werden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlaß von Vorschriften über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden.

Minister Freiherr **v. Hammerstein**:

Der Entwurf entspricht dem in der vorigen Session nicht verabschiedeten; er berücksichtigt die im Abgeordnetenhause und Herrenhause zu Tage getretenen Wünsche. Es ist Aufgabe der Regierung, auch für die Gemeinden zu sorgen, in denen sich freiwillige Berufsfeuerwehren nicht gebildet haben. Der jetzige Zustand hat zu großen Unzuträglichkeiten geführt, da heute die Polizei nur das Recht hat, von den Gemeinden den Ersatz von Ortsstatuten zu fordern, und da es ferner nach dem Kommunalabgabengesetz nur möglich ist, die in der Gemeinde Steuerpflichtigen zum Feuerlöschdienst heranzuziehen. Die Organisation einer geschulten Feuerlöschhilfe wird auf diese Weise unmöglich gemacht. Alle diese Uebelstände werden durch unseren Gesetzentwurf beseitigt, um dessen wohlwollende Prüfung ich Sie bitte.

Oberbürgermeister **Becker-Köln**:

Obwohl der Gesetzentwurf den Wünschen des Hauses entgegenkommt, bleiben doch noch viele Bedenken übrig. Es wird daher eine Kommissionsberatung erforderlich sein. So wird es sich fragen, ob nicht der Umfang der Verpflichtungen, welche durch den Besitzer beziehungsweise Lenker der Automobile herbeigeführt werden, nicht genügend gesichert. Gedenkt die Regierung, durch gesetzliche Maßregeln diesem Uebelstande abzuhelfen?"

Nachdem sich

Minister **Schönstedt**

nur sofortigen Beantwortung bereit erklärt hat, erhält das Wort zur Begründung der Interpellation

Graf **v. Schlieben**:

Die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen reichen nicht aus. Vielleicht liege sich eine Aenderung in der Weise herbeiführen, daß man die für Eisenbahnen geltenden Vorschriften auf Automobile ausdehnt.

Minister **Schönstedt**:

Diese Frage berührt die verschiedensten Ressorts. Die formalrechtliche Regelung ist nicht schwer, die Schwierigkeit beruht vielmehr in der Materie selbst. Wenn unsere Vorarbeiten noch zu keinem Abschluß geführt haben, so liegt das daran, daß uns Erfahrungen fehlen. Soviel ist jedenfalls sicher, daß die Landesregierung das Recht zur Regelung der Materie hat. Wir sind nicht wissig gewesen, sondern haben von den Oberpräsidenten und den Oberlandesgerichtspräsidenten Berichte eingefordert. Es hat sich ergeben, daß in den Jahren 1902 und 1903 nur 36 Prozesse wegen Schadensansprüchen gegen Automobilfahrer anhängig gemacht sind. Allerdings bemühen sich die Haftpflichtgesellschaften gewöhnlich, eine gütliche Einigung herbeizuführen. Die Sichtung des Materials wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Seit dann sind wir in der Lage, nähere Entscheidungen zu treffen. Also die Frage ist noch nicht spruchreif. Es fragt sich auch, ob wir auf dem Wege der Landesgesetzgebung oder auf dem der Reichsgesetzgebung vorgehen sollen. Ich bitte die Herren, sich noch einige Zeit zu gedulden.

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen.

Graf **v. Tiele-Winkler**

ist der Ansicht, daß kein Grund zu einer gesetzlichen Regelung vorliegt. Er warne davor, die Interessen einer aufblühenden Industrie zu schädigen.

v. Reinersdorf:

Ich bitte, die Interpellation abzulehnen (Heiterkeit) — ich meine, den Wünschen des Interpellanten keine Folge zu geben.

Graf **Mirbach**:

Die Rücksicht auf die Industrie kann man noch so hoch einschätzen, aber da, wo es sich um Körperverletzungen handelt, darf diese Rücksicht nicht maßgebend sein.

Dem Grafen v. Schliebenk gebührt Dank, daß er eine so wichtige Frage hier angeregt hat. Man muß dafür sorgen, daß die Automobile eine gewisse Fahrgeschwindigkeit nicht überschreiten, damit keine Menschenleben gefährdet werden und das Scheuen der Pferde vermieden wird. Ich begreife nicht, wie man ein Automobilwettrennen auf einer Chaussee zulassen konnte, die dem Verkehr dient. (Sehr wahr!) Durch die jetzigen Haftpflichtbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird die Landwirtschaft schwer geschädigt. Wir verdanken das dem Freisinn und dem linken Flügel des Centrums. Was wir verlangen, ist Gerechtigkeit. Auch Automobilfahrer müssen ausreichende Haftpflichtbestimmungen getroffen werden.

Prinz zu Schönaich-Carolath:

Meine Herren! Ich stehe vollkommen auf dem Boden der Interpellanten und bedauere nur, daß die Interpellation so abgefaßt ist, daß sie lediglich dem Herrn Justizminister Gelegenheit zur Erwiderung gegeben hat und nicht auch dem Herrn Minister der Inneren. Meine Herren! Es wäre meines Erachtens vollkommen verfehlt, eine feindselige Stellung den Automobilen gegenüber einzunehmen. Ich meine, wir sollen anerkennen, welchen Aufschwung die deutsche Automobilindustrie genommen hat und wie es ihr gelungen ist, bei der internationalen Konkurrenz ihren Platz voll und ganz zu behaupten. Man kann der deutschen Automobilindustrie nur wünschen, daß sie weiter darauf bedacht sein möge, ihre Automobile zu vervollkommnen.

Wenn man diesen Standpunkt einnimmt, kann man mit um so objektiverem Urteil auf die Nachteile eingehen, welche das Automobilfahren für den öffentlichen Verkehr hat, und ich muß sagen, ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn v. Tiele-Winkler, daß wir Zeit haben, zu warten. Ich glaube, in der Bevölkerung ist allgemein der Wunsch vorhanden, daß daß etwas geschieht, um die Sicherheit auf unseren Straßen und Verkehrswegen wiederherzustellen. (Sehr richtig!) Es sind so viel Unglücksfälle verursacht worden — ob von den Wagenbesitzern oder ihren Führern, kann uns ganz gleichgültig sein — die Bevölkerung müßt das Unglück dem Automobil an sich zu, dann mögen die Herren für geschickere Automobilfahrer sorgen und auch dafür, daß das Wort eines hohen Herrn zur Wahrheit werde, es möchte auf jedes Automobil aufgeschrieben werden: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst! Außer als aus dem Munde dieses hohen Herrn hat man aus Automobilkreisen nicht gehört, daß dieser Wunsch besondere Beachtung fände.

Ich sehe vollkommen den Nutzen der Automobile ein, namentlich in ihrer weiteren Entwickelung für unsere Landwirtschaft, nicht nur für Vergnügungszwecke. Augenblicklich dienen die Automobile lediglich Vergnügungszwecken. Der Nutzen der Automobile wird sich später entwickeln, und ich hoffe, daß er von Jahr zu Jahr mehr bemerkbar werden wird; aber andererseits dürfen Sie nicht die Nachteile verkennen, welche das übersichtelle Fahren auf den Straßen für die Bevölkerung mit sich bringt. Denken Sie an die vielen Unglücksfälle, die geschehen sind, denken Sie, mit welcher Rücksichtslosigkeit, namentlich von Ausländern, unsere Verkehrswege mißbraucht werden, wie zahlreich der Verlust an Vieh bei unserer Landbevölkerung gewesen ist, wieviel Kinder überfahren worden sind. Neulich erst wurden wieder zwei kleine Kinder überfahren; das eine war sofort tot, das andere kam in die Klinik. Die Automobile fahren so schnell, daß es garnicht möglich ist, ihre Besitzer festzustellen. Was die Nummern anbetrifft: wer kann sie im Staube der Landstraße erkennen und sie behalten? Wenn diese Verhandlung nur das eine Gute hat, daß für das beabsichtigte Gordon Bennett-Rennen in Deutschland die Herren etwas vorsichtiger werden, dann würde schon damit sich Graf Schlieben durch seine Interpellation ein großes Verdienst erworben haben. Die Ausländer, die nach Deutschland kommen, sollen vor allen Dingen daran denken, daß sie Gäste unseres Vaterlandes sind, und daß uns die Gesundheit, das Leben und Eigentum unserer deutschen Mitbürger höher stehen als das Vergnügen, das die Herren am Automobilsport haben. (Sehr richtig!) Ich würde es deshalb für sehr wünschenswert halten, wenn der Herr Minister des Inneren sich entschließen wollte, recht bald, ehe alles Material vom Herrn Justizminister gesammelt, gesichtet und beurteilt worden ist, eine Verfügung zu erlassen, welche das Tempo vorschreibt, in dem diese Wagen zu fahren haben. Wir haben soviel Kreisstraßen, die nicht die Breite der alten Chausseen besitzen, wo sollen wir denn mit unseren Pferden hin, wo soll der Landmann, der mit Ochsen fährt, hin? Wir haben auch an den Landmann zu denken. Ein Appell an die Wohlfahrt der Bewohner auf dem Lande wird in diesem hohen Hause vollen Widerhall finden. Die enger gebauten Kreisstraßen geben ihm gar keinen anderen Raum bei dem Vorüberfahren der Automobile, als in den Chausseegraben zu fahren. (Heiterkeit.) Das ist der Platz des Kreiseingesessenen. Der Fremde in seinem Automobil fährt glänzend vorüber. (Bravo! Sehr richtig!) Dem muß entschieden gesteuert werden, und wir wollen dem Herrn Minister die Bitte aussprechen, die in den weitesten ländlichen Kreisen geteilt wird, daß alsbald eine Verordnung erlassen wird, welche das Tempo der Automobile regelt, und welche vorschreibt, in welchem Tempo sie auf den Landstraßen, auf den Chausseen und in den Städten zu fahren haben. Durch unsere kleinen Städte reisen manchmal Automobile mit Herren, die sich das Vergnügen machen, den Kontinent zu durchqueren. Das sind für die Leute ganz neue Erscheinungen, sie wissen nicht, wo sie hin sollen in ihrer Kopflosigkeit, sie bleiben in ihrer Angst mitten auf dem Wege stehen, sie haben sich an diese neuen Sachen noch nicht gewöhnt. Meine Herren, tragen Sie dem doch Rechnung, und denken Sie daran, daß diese Leute nicht alle in Baden-Baden und Homburg gewesen sind. Ich möchte also in unser aller Interesse, im Interesse der ländlichen und städtischen Bevölkerung bitten, daß der Herr Minister des Inneren sich entschließen möge, recht bald eine Verordnung zu erlassen, welche das Tempo der Automobile regelt. Wie das der Fall ist, werden bisher diese Verordnungen nicht einmal befolgt, sogar in den Städten fahren die Automobile ein Tempo, welches meiner Ansicht in vielen Straßen und an vielen Stellen ganz unverantwortlich ist, und es wäre wünschenswert, daß seitens des Polizeipräsidiums auch dieser Sache etwas Beachtung geschenk würde.

Nun möchte ich noch auf eine andere Sache zurückkommen, die nämlich in einem anderen Hause, im Reichstage, bereits zur Sprache gebracht ist. Der Herr Justizminister gibt mir Veranlassung, darauf zurückzukommen, indem er von den Bestrafungen gesprochen hat. Meine Herren! Bisher haben wir, wenn wir von Bestrafungen der Automobilfahrer gehört haben, immer nur von sehr gelinden Strafen gehört. Es ist neulich ein Fall im Reichstage zur Sprache gekommen, der auf allen Seiten des Hauses großes Befremden erregt hat. Es soll nämlich in Breslau — ich sage ausdrücklich: „es soll", weil ich für den Fall nicht einsteten kann und ihn nur aus Berichten kenne — ein Automobilführer einen Mann überfahren und sofort getötet haben. Dieser Automobilfahrer ist mit acht Tagen Gefängnis bestraft worden. Das ist im Reichstage widerspruchslos ausgeführt worden, und keiner der Herren Vertreter der verbündeten Regierungen hat ein Wort dazu bemerkt. Nun ist es ja sehr leicht möglich, daß die Nachricht unrichtig ist. Desto besser, dann hat der Herr Justizminister Veranlassung, diese Nachricht richtig zu stellen. Aber daß das öffentliche Rechtsbewußtsein nicht gestärkt werden kann, wenn wir sehen, daß ein Automobilfahrer, der einen Menschen zu Tode gefahren hat, mit acht Tagen Gefängnis bestraft wird, das liegt auf der Hand.

Ich meine also, man soll die Sache nicht überstürzen, man soll sehr wohl auch dem Automobilsport zu seinem Recht verhelfen. Der Automobilsport möge sich weiter entwickeln, und das deutsche Automobil möge ferner in der Lage sein, auf dem internationalen Weltmarkt seine Stellung zu behaupten und über die anderen Automobile die Oberhand zu gewinnen. Auf der anderen Seite wünsche ich aber dringend einen erhöhten Schutz unserer Landstraßen und der Straßen in den Städten, und ich hätte darum gewünscht, daß die Interpellation einen Wortlaut gehabt hätte, daß auch der Herr Minister des Inneren sich dazu hätte aussprechen können. Sollte das nicht im Rahmen der Interpellation liegen, so würde ich mich freuen — und das würde ein weiterer Vorzug der Interpellation des Herrn Grafen v. Schlieben sein —, wenn der Herr Minister des Inneren Veranlassung nehmen würde, dem von mir angezogen Gegenstande näher zu treten und eine Verordnung zu treffen, welche das Tempo der Automobile auf den Landstraßen und in den Straßen der Städte regelt und es in anderer Weise festsetzt, als das heute der Fall ist. (Bravo.)

Minister Freiherr **v. Hammerstein**:

Die Fahrgeschwindigkeit der Automobile ist bereits durch Polizeiverordnungen geregelt, aber so weit können wir nicht gehen, daß wir den Automobilen einige Landstraßen ganz verbieten. Nach meiner Meinung hat das Automobil eine große Zukunft. Wir müssen sowohl die Staatsbürger gegen Automobilunfälle schützen als auch auf der anderen Seite die Automobilindustrie fördern, wir dürfen nicht durch drakonische Maßregeln das Automobilfahren unmöglich machen.

Herzog **v. Ratibor**:

Der Deutsche Automobilklub, dessen Vorsitzender ich bin, wird dem Herrn Minister des Inneren für seine Ausführungen dankbar sein. Nachdem Deutschland das letzte internationale Rennen gewonnen hat, wird das Rennen im nächsten Jahre bei uns stattfinden, aber es ist dafür gesorgt, daß das Publikum nicht gefährdet wird, denn die Straßen sind völlig abgesperrt. Wenn die Vorschriften, die wir uns selbst geben, innegehalten werden, so kann überhaupt kein Unglück passieren. Unfälle werden nur durch die wilden, rücksichtslosen Fahrer hervorgerufen, und wenn gegen diese Leute streng vorgegangen wird, so kann uns das nur recht sein. Im übrigen würde ich, was die Haftpflicht betrifft, nicht raten, die Automobilfahrer ebenso streng zu behandeln wie die Leute, die mit Pferden fahren, sondern lieber die letzteren milder zu behandeln als jetzt.

Graf **Hoensbroech**

ist dafür, daß möglichst wenig Verordnungen erlassen werden.

Hiermit ist die Besprechung der Interpellation beendet.

Letzter Punkt der Tagesordnung ist die Verlesung der Interpellation des Frhrn. v. Durant:

„Ist der Regierung bekannt, daß seitens der Landbank in Oberschlesien ausgedehnte Ankäufe größerer lebensfähiger Rittergüter behufs Zerschlagung erfolgen, und gedenkt dieselbe, Maßnahmen zu treffen, um diesem schwer volkswirtschaftlichem wie in sozialem Interesse schädlichen Verfahren zu steuern?"

Nachdem sich

Minister **v. Poddielski**

zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, erhält das Wort zur Begründung derselben

Frh. v. **Durant**:

Bei der Bildung von Rentengütern sind früher mancherlei Mißgriffe vorgekommen. Es sind leistungsfähige Rittergüter zerschlagen, und es ist keine Rücksicht darauf genommen, ob in den betreffenden Gegenden die Bildung kleiner Güter angebracht war. Jetzt ist die Generalkommission vorsichtiger. Aber um so rücksichtsloser tritt die Landbank auf, deren Tätigkeitsfeld jetzt Oberschlesien ist. Sie kauft zum Zweck der Parzellierung alles auf, ohne Rücksicht, ob eine Vermehrung des Kleinbesitzes auf Kosten des Großgrundbesitzes angebracht ist. Agitatoren der Landbank tragen in die Bevölkerung eine gewisse Unruhe hinein. Das sollte man nicht dulden, und man sollte auch die Presse zügeln. Wie will es die Landbank machen? Entweder sie muß Katholiken ansiedeln, und dann würde es so gehen wie in Posen, wo die katholischen Ansiedler mitten unter den Polen lebten und, statt diese zu germanisieren, schließlich mit ihnen verschmolzen. Oder sie siedelt Evangelische an, und das würde zur Beunruhigung der Bevölkerung beitragen. Um hier Wandel zu schaffen, sollte die Regierung ihren ganzen Einfluß auf die Generalkommission aufbieten, damit diese ihre Genehmigung in allen Fällen versagt, wo die Lebensfähigkeit der zu bildenden Güter in Frage steht. Die Regierung sollte ferner da, wo es zweckmäßig erscheint, Besitzungen von einer Hand in die andere überzugehen zu lassen, selbst Domanialbesitz erwerben.

Minister **v. Poddielski**:

Die Frage, ob und das Vorgehen der Landbank bekannt ist, kann ich nur mit Ja beantworten. Bei der wenig erfreulichen Lage der Landwirtschaft ist die traurigste Seite die, daß der mittlere Besitz am schwersten zu halten ist. Der Domänenverwaltung stehen so geringe Mittel zur Verfügung, daß sie garnicht in Betracht kommen. Der Interpellant scheint im voraus zu wissen, wie jede Maßnahme ausschlägt; ich bin gern bereit, Herrn v. Durant meinen Platz einzuräumen, wenn Se. Majestät das zugibt. Wie liegt denn die Sache? Tatsächlich sind Güter gekauft worden, ob von der Landbank oder von einem Anderen, darauf habe ich keinen Einfluß, denn in Preußen kann jeder Grundbesitz erwerben. Ich habe zur Prüfung der Verhältnisse in Schlesien eine Kommission eingesetzt, die erst anfangs Februar zusammentritt. Soweit mir bekannt ist, ist die Landbank bestrebt, die Interessen der Staatsregierung zu fördern, auch in Schlesien. Man kann ihr keinen Vorwurf machen. Im übrigen kann ich versichern, daß die Generalkommission in Breslau ebenso wie die übrigen Generalkommissionen nur die Bildung leistungsfähiger Rentengüter unterstützt.

v. Buch:

Die Landbank ist eine Aktiengesellschaft wie jede andere Aktiengesellschaft; sie hat nicht segensreich gewirkt. Ich kenne zahlreiche Fälle, wo durch die Erwerbungen der Landbank nur Nachteile hervorgerufen sind. Redner führt eine Anzahl solcher Fälle an.

Dr. **Wachler**:

Ich bin der Meinung, daß eine Zerschlagung der Güter, deren Besitzer sich nicht mehr halten können, sozial außerordentlich wertvoll ist, auch für Oberschlesien. Wir klagen über die Landflucht, aber wie soll man das Land fesseln, wenn man sie verhindert, Land zu erwerben? Ich erinnere weiter daran, daß Oberschlesien gezwungen ist, galizische und polnische Arbeiter für die Bergwerke zu beziehen. Demgegenüber wäre es erwünscht, wenn wir in Oberschlesien selbst die Landarbeiter für die Montanindustrie gewinnen könnten. Dann würde der Vorteil der Montanindustrie auch der Landwirtschaft zu gute kommen, die männliche Arbeitskraft würde für die Industrie, die weibliche für die Landwirtschaft Verwendung finden, und man verschafft sich gleichzeitig eine konsumfähige Bevölkerung. Es wäre ein Fehler, wollte man der Regierung zur Aufgabe machen, im Prinzip die Besiedelung in Oberschlesien zu verhindern.

Herzog **v. Trachenberg**:

Ich stimme mit dem Vorredner darin überein, daß die Ansiedelung von Arbeitern in Oberschlesien wünschenswert ist. Ich will der Landbank hier nicht das Wort reden, aber einen Vorwurf kann ich ihr auch nicht machen. Warten wir erst einmal ab, was die Zukunft bringt! Stellen sich Mißstände ein, so kann die Regierung ja immer eingreifen.

Graf **v. Finckenstein**:

Durch die Landbank wird der Grund und Boden zum reinen Spekulationsobjekt gemacht. Meiner Meinung nach ist es Pflicht der Regierung, vorbeugend zu wirken und nicht zu warten, bis der Schaden geschehen ist; denn gerade bei der Bildung von Rentengütern ist der Schaden nicht wieder gutzumachen.

Minister **v. Poddielski**:

Wenn bei neuen Ansiedlungen die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse geordnet werden sollen, so reicht nach Ansicht der Regierung die bisherige Gesetzgebung nicht aus, und es wird dem Hause noch im Laufe dieser Session eine Vorlage zugehen. Anders liegen die Verhältnisse bei denjenigen Rentengutsbildungen, bei denen die Generalkommission mitwirkt. Ich muß der Generalkommission in Breslau das Zeugnis ausstellen, daß sie durchaus sachgemäß verfährt. Mir ist nur ein einziger Fall bekannt, wo eine Rentengutsbildung in Schlesien nicht geglückt ist; sonst sind alle vorsichtig durchgeführt. Sofern die Landbank die Mitwirkung der Generalkommission in Anspruch nimmt zwecks Rentengutsbildung, wird die Generalkommission unweigerlich dafür sorgen, daß nicht Leute eingesetzt werden, die schon vom ersten Moment an bankrott sind. Ich gebe zu, daß in früheren Jahren in Pommern wenig erfreuliche Erscheinungen mit der Landbank vorgekommen sind; jetzt aber trifft das nicht mehr zu. Natürlich muß stets die Generalkommission mitwirken. Das ist für mich das A und O der ganzen Sache. Wir sind bestrebt, die innere Kolonisation in gesunde Bahnen zu lenken.

Nach weiteren Ausführungen des Herrn **v. Buch** und des Freiherrn **Durant** schließt die Besprechung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Fürst **zu Inn- und Knyphausen**:

Das uns zugegangene Material ist aufgearbeitet. Ich bitte die Regierung im Interesse der Erhöhung des Ansehens dieses Hauses, uns mehr mit Vorlagen zu bedenken. Denn die Arbeitslust ist bei uns in hohem Maße vorhanden.

Nächste Sitzung unbestimmt, voraussichtlich anfangs Februar.

Schluß 4¾ Uhr.

Deutscher Reichstag

13. Sitzung vom 18. Januar, 1 Uhr.

Das Haus ist stark besetzt.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Graf Bülow, die Staatssekretäre Graf Posadowsky, Freiherr v. Richthofen, v. Tirpitz, v. Stengel. Auch der preußische Kriegsminister v. Einem und der Chef des Kolonialamtes Dr. Stübel sind anwesend.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Kaiser dem Reichstage eine Nachtragstabelle über die englischen Kreuzer erster Klasse geschenkt habe.

Nach der im Abendblatt im Wortlaut bereits wiedergegebenen Erklärung des Reichskanzlers tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Erster Gegenstand ist die Interpellation der Abgg. Rogalla v. Bieberstein (kons.) und Genossen, die folgenden Wortlaut hat: „Warum ist die im Interesse der deutschen Landwirtschaft gebotene und auch von den verbündeten Regierungen wiederholt als dringlich anerkannte Kündigung der in den Jahren 1891 bis 1894 mit mehreren anderen Staaten abgeschlossenen Tarifverträge noch nicht erfolgt?"

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky**

erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung erhält das Wort

Abg. Graf **Kanitz** (kons.):

Ich habe immer die Ansicht vertreten, daß wir zu einem besseren Handelsvertrag kämen, wenn wir die bestehenden Verträge kündigen. Schuld an den jetzigen Zuständen trägt das Meistbegünstigungssystem. Wir schlossen mit Amerika den lächerlichen Saratoga-Vertrag. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Sie dürfen ein Abkommen der deutschen Regierung nicht lächerlich nennen. Das ist unzulässig.

Abg. Graf **Kanitz:**

Alle Länder haben jetzt Tarife mit hohen Sätzen aufgestellt. Die Schwierigkeiten eines neuen Abschlusses liegen jetzt in den hohen Industriesätzen des russischen Tarifs. Oesterreich legt jetzt nach den Erklärungen des Herrn v. Körber auf hohe Getreidezölle keinen großen Wert mehr, Oesterreich fordert jetzt nur noch Oeffnung unserer Grenze für österreichisches Vieh. Das fehlte auch noch, daß wir das verseuchte österreichische Vieh ruhig einlassen. Es ist heute ganz unabsehbar, wann wir mit Oesterreich zu einem Vertrag kommen können. Gegen Italien müssen in erster Reihe unsere Gärtnereierzeugnisse geschützt werden. Ich hoffe, daß es die Regierung in dieser Beziehung an der nötigen Energie nicht fehlen läßt. Graf Caprivi sagte, wir wollten Italien die Konkurrenz mit Frankreich auf dem Weinmarkt möglich machen. Nachher hat man aber Frankreich dieselben Bedingungen gewährt, und der leidende Teil ist der deutsche Weinbau gewesen. Oesterreich hat die Weinzollklausel in Fortfall gebracht, dadurch entsteht nun die Gefahr, daß Deutschland in Zukunft noch mehr mit fremden Weinen überschwemmt werden wird. Möge die Regierung auch in dieser Beziehung ihre Pflicht tun. Wir müssen darauf umsomehr Gewicht legen, als der italienische Minister Luzzatti darüber ganz unrichtige Angaben gemacht hat. Bisher sind wir in keiner Zwangslage, wir werden selbst durch die Chamberlainsche Politik, die für England die einzig richtige ist, nicht in diese Zwangslage kommen. Daß Italien mit allen zehn Fingern zugreifen würde, wenn wir die alten Verträge wieder abschließen wollten, glaube ich gern. — Die Landwirtschaft ist noch immer in schlechter Lage, dafür kann ich ein Beispiel anführen. In Ostpreußen sind 25 Prozent weniger Personen in den letzten Jahren ausgehoben, 39,000 Personen sind abgewandert (Hört, hört!), die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen sind gewaltig gewachsen (Abg. **Kulerski:** Bravo!), Hunderttausende von Morgen Land sind aus deutschen Händen in polnische übergegangen. (Hört, hört! rechts.) Alle Ansiedelungsarbeit ist vergebens, wenn man nicht die Landwirtschaft durch kräftigen Zollschutz stärkt. Ein sozialistischer Abgeordneter in Frankreich hat gesagt, der Weizenpreis müsse mindestens 200 Mark pro Tonne betragen. Mehr habe ich niemals gefordert. Warum läßt die Regierung den jetzigen ruinösen Zustand bestehen und kündigt nicht sofort die Verträge, damit wir wenigstens die autonomen Sätze wieder erhalten? In Frankreich ist noch vor kurzem der Vorschlag, den Weizenzollsatz von 7 auf 5 Francs herabzusetzen, mit 422 gegen 121 Stimmen abgelehnt. (Sehr gut! rechts.) Zu gleicher Zeit hat Frankreich die Viehzölle erhöht. Wie ganz anders als bei uns! Können die deutschen Landwirte nicht denselben Schutz verlangen wie die französischen? Der Reichskanzler hat gegenüber dem Abg. Bebel gesagt, er würde jeden Angriff von der Sozialdemokratie rücksichtslos zu Boden schlagen. Auf welche Kräfte will er sich denn dabei stützen, wenn die Kräfte der Landwirte erschöpft sind? (Sehr gut! rechts.) Auch bei uns ist doch die Landwirtschaft der einzige Stand, der genügend Kraft besitzt, innere und äußere Feinde zu Boden zu schlagen. (Lebhafter Beifall rechts.) Fortgesetzt hat die Regierung uns Versprechungen gemacht in der Thronrede und in Reden hier im Hause. Warum sind die Versprechungen nicht erfüllt? Es ist versprochen worden, neue Verträge vorzulegen, bevor die jetzigen ihr natürliches Ende gefunden hätten. Was versteht denn die Regierung unter dem „natürlichen Ende"? (Heiterkeit.) Ist das natürliche Ende nicht am 31. Dezember 1903 gewesen? Will man etwa wieder politische Rücksichten vorschieben? Haben Oesterreich und Italien nicht auch ihre Verträge gekündigt ohne Rücksicht auf die Politik? Mir scheint wieder hier die Rücksicht auf die Industrie maßgebend gewesen zu sein. Der Industrie scheint jetzt nur daran zu liegen, daß die einjährige Kündigungsfrist innegehalten wird, sie will auf alle Fälle den vertragslosen Zustand vermeiden. Ich aber frage: soll der Bauer leiden, damit der Gewinn der Industrieunternehmungen nicht leidet? Sollen wir Bauern (Stürmisches Gelächter links, lebhafte Rufe: Wir Bauern!) weiter leiden? Ist das der Wille der höchsten Stellen im Reiche? Die Vorteile der jetzigen Verträge werden von der Industrie weit überschätzt, denn Staaten, die nicht solche Verträge abgeschlossen haben, haben zum Teil einen noch größeren industriellen Aufschwung genommen. Ich schließe das sogar aus Angaben der Freihandelskorrespondenz. Ich kann das beweisen zum Beispiel aus der kanadischen Statistik. Nicht Handelsverträge, sondern die Preisbildung auf dem Weltmarkt ist entscheidend, die Preisbildung aber ist von den Handelsverträgen unabhängig. Als Caprivi die Verträge abschloß, berechnete er die Zollausfälle auf 17 bis 18 Millionen Mark, Ausfälle von 28 bis 40 Millionen Mark sind aber tatsächlich dagewesen. Also zwingt uns auch unsere schlechte Finanzlage zur Kündigung. Den Abg. Kämpf mache ich darauf aufmerksam, daß sich dann vielleicht auch unsere Anleihen im Kurse besser stellen werden. Für die Landwirtschaft handelt es sich um eine Lebensfrage, was wir verlangen, ist ausgleichende Gerechtigkeit, möge uns Gerechtigkeit bald zu teil werden! (Beifall rechts.)

(Nun folgt die im Abendblatt bereits wörtlich wiedergegebene Antwort des Staatssekretärs Grafen Posadowsky.)

Auf Antrag des Abg. **v. Kardorff** (Rp.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. **Herold** (Ctr.):

Es muß jedenfalls auffallen, daß nicht wenigstens einige Meistbegünstigungsverträge gekündigt sind. Wir wünschen aber eine allgemeine Kündigung sämtlicher Verträge nicht. Es kommt nicht auf den Abschluß der Verträge an sich an, sondern auf den Abschluß von für uns günstigen Verträgen. Es freut mich, daß Herr Graf Kanitz heute zugegeben hat, daß die Ansiedelungspolitik völlig Fiasko gemacht hat. (Sehr gut! im Centrum.) Wir haben es immer vorausgesagt, daß alles, was wir dem Deutschtum zuwenden, auch den Polen zu gute kommen werde. — Wir haben davon abgesehen, eine Frist in den Zolltarif einzusetzen, weil wir der Regierung Freiheit lassen wollten, wir haben auch heute noch Vertrauen zu ihr. Es ist aber zweckmäßig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß wir auf den Schutz des Schälwaldes, der Gärtnereierzeugnisse den größten Wert legen, daß wir Landwirtschaft und Industrie in gleicher Weise geschützt wissen wollen. Wir machen die Regierung darauf aufmerksam, daß wir Verträge, die diese Forderungen nicht erfüllen, ablehnen werden. (Beifall rechts.) Wir geben uns der Hoffnung hin, daß nach einem Jahre, die Regierung die Waffen des Tarifs mit mehr Energie und Kraft benutzen werde als bisher. (Beifall rechts.) Für die Wahrung unserer Interessen ist hier ebenso viel Energie nötig wie in der äußeren Politik. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Bernstein** (soz.):

Wir wollten uns eigentlich in diese häusliche Unterhaltung nicht mischen. Graf Kanitz hat alle seine alten Ladenhüter in schöner Ordnung wieder vorgebracht. Graf Posadowsky aber hat das Lied vom beschränkten Untertanenverstand in einem sehr verwickelten Gleichnis aus der Glashüttenindustrie gesungen in einer Lage, die in der großen Oeffentlichkeit besprochen werden müßte. Graf Kanitz sagte, das ganze Land erwarte die Kündigung. Da hat er doch den Mund sehr voll genommen, zum mindesten kann er doch alle sozialdemokratischen Wähler hier nicht mitgezählt haben. Vor kurzem hat auch noch die Hamburger Handelskammer konstatiert, daß durch den Zolltarif niemand befriedigt sei, daß es besser gewesen wäre, die bestehenden Verträge zu verlängern. Beachtet denn Graf Kanitz die Ansichten solcher Körperschaften garnicht? Spricht nicht auch gegen die ganzen Schutzzolltarife, für die man sich ja jetzt auch auf England und Chamberlain beruft, das Ergebnis von einigen der erst kürzlich bekannt gewordenen englischen Wahlen? Dort sind die liberalen Kandidaten mit erheblicher Mehrheit gewählt worden. Graf Kanitz ist mit dem alten Rüstzeug gekommen, im Falle eines Kampfes würde Deutschland nicht mehr die nötige Kraft besitzen, sein Ansehen zu verteidigen. Will denn Graf Kanitz behaupten, daß die deutschen Industriearbeiter degeneriert seien? Ich glaube, das wird er angesichts der Tatsache doch nicht wagen, daß noch nie der Ersatz für unsere Truppen gefehlt hat. Graf Kanitz hat auch auf Frankreich hingewiesen und auf seine Wirtschafts- und Zollpolitik. Weiß der Herr Graf nicht, daß Frankreich ein Getreide produzierendes Land ist und außerdem zollfreies Getreide von Algier einführt? Und trotz alledem, was hat Frankreich erreicht? Seine Bevölkerung ist zurückgegangen, zum mindesten auf der alten Höhe stehen geblieben. Frankreich kann seinen etatsmäßigen Soldatenersatz nicht mehr aufbringen. Das sind die Folgen der Zollpolitik bei günstigeren Umständen, als wir sie in Deutschland haben. Graf Kanitz will endlich den Schutzzoll auf Getreide, damit er in guter Gemeinschaft mit dem Herrn Reichskanzler die Sozialdemokratie totschlagen kann? Meinen Sie wirklich, daß Sie das vermögen, daß Sie dazu im stande sind, nach den letzten Reichstagswahlen vor allem? Diesen Gedanken, mit Zollmaßregeln die Sozialdemokratie zu töten, schlagen Sie sich nur aus dem Kopf! Und wie stellen Sie sich die Lage unserer Industrie eigentlich vor? Werden nicht die fremden Staaten Ausfuhrzölle einführen, vielleicht auf Baumwolle? Mit den Zöllen schädigen Sie aber nicht nur unsere Industrie, sondern die Hunderttausende deutscher Arbeiter. Graf Posadowsky hat in seiner Antwort ziemlich gut durchblicken lassen, daß die deutsche Regierung auf den Mindestzollsätzen bestehen will. Und doch bieten die bisherigen Handelsverträge eine unfreiwillige Kritik der ganzen Handelsverträge. Ich kann im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklären: wir stimmen gegen jeden Handelsvertrag, der abgeschlossen wird auf Grund von Mindestsätzen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Gothein** (fr. Vg.):

Die Lage Deutschlands ist in der Tat jetzt außerordentlich schlecht. Wir haben jetzt einen Zustand der Unsicherheit, der insbesondere unseren Handel und unsere Industrie aufs schwerste schädigt. Die Ursachen, durch die wir in diese Politik gekommen sind, hat der Abgeordnete Graf Kanitz mit plastischer Deutlichkeit geschildert. Er hat ein Bild entworfen von der Sackgasse, in die wir gekommen sind, wie es pessimistischer keiner von der Linken hätte geben können. Erinnern wir uns einmal, wir können es ja heute mit einem gewissen Galgenhumor tun, wie wir von der Linken dem Herrn Abg. v. Kanitz seinerzeit bei der Beratung des Zolltarifs all dies klipp und klar vorausgesagt haben! Da glaubten die Herren von der Rechten uns das aber alles nicht. Wie wäre es aber gewesen, Herr Graf, wenn Sie damals Ihre Rede von heute gehalten hätten? Wer weiß, ob sich da manche Herren so bereit gefunden hätten, diesem Zolltarif zur Durchpeitschung zu verhelfen? Die Zustände, die wir jetzt haben, sind weder für das Haus noch für die Regierung erfreulich. Ich erinnere mich, wie man früher jedem, der es hören wollte, mitteilte, daß der russische Handelsvertrag so gut wie fertig sei, daß im Februar oder im März er nur zur Beratung vorgelegt werden würde. Ich habe mich allerdings gewundert über die Naivetät der Menschen, die so etwas glaubten. Ich erinnere Sie, daß man mir nicht glauben wollte, als ich früher erklärte, daß im gesamten preußischen Staatsministerium die Frage, ob das Ausland auch bereit sei, unter den Minimalsätzen Verträge abzuschließen, nicht erörtert sei. (Abg. **Gamp** (Rp.): Woher wußten Sie denn das?) Ich wußte es, woher, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (Heiterkeit.) Graf Kanitz hat das System der Handelsverträge dafür verantwortlich gemacht, daß jedes Mal, wenn eine solche Periode abgelaufen sei, ein Wettlauf mit Zollerhöhungen einträte. Warum ist das 1891 nicht gekommen? Da hat es Oesterreich nicht gemacht, da ist es nirgends eingetreten, weil wir es nicht mitmachten. (Zuruf des Abg. **Gamp:** Die Schweiz macht es auch!) Aber Herr Kollege Gamp, Sie erinnern sich vielleicht doch auch, daß die Schweiz damals erklärt hat, daß sie in Mitte einer Reihe von Schutzzollstaaten die gesunde Freihandelspolitik nicht allein fortsetzen könne! Das sagt natürlich jeder, sobald die Anderen vorangegangen sind. Unser Tarif ist es gewesen, der den Anstoß gegeben hat. Oesterreich hatte ja ursprünglich einen ganz mäßigen Zolltarif. Erst als der deutsche Zolltarif veröffentlicht wurde, setzte man sich in Oesterreich hin, um mit den Zollerhöhungen mit uns in Wettlauf zu treten. Nun kommt mit demselben Argument endlich auch England hinterdrein. Wir haben für die schutzzöllnerische Bewegung erst in England den Boden geschaffen. Ich bin dabei im Gegensatz zum Grafen Kanitz der Ansicht, daß die neue wirtschaftliche Politik Englands ganz verkehrt ist. Diese unangenehme Situation wollen nun die Interpellanten dadurch verbessern, daß sie die Handelsverträge kündigen und gleichzeitig den autonomen Tarif zur Einführung bringen.

Gewiß würde das für das Ausland auch angenehm sein, aber in eine Zwangslage würden nur wir kommen. Mit dieser Ansicht stehe ich auf dem Standpunkt der verbündeten Regierungen, die damals erklärten, der autonome Tarif enthalte soviel Unstimmigkeiten, wie man sich euphemistisch ausdrückte, daß er so nicht in Kraft gesetzt werden könnte. In der damaligen großen Ramschabstimmung (Oho! und großer Lärm rechts) hat man daran nicht mehr gedacht. Zollkriege sind für die beteiligten Staaten stets ein großer Schaden gewesen. Oesterreich hat heute trotz seiner günstigen geographischen Lage sich den rumänischen Markt, den es zufolge des rumänischen Zollkrieges verloren hatte, noch nicht wieder erobert, und seitdem herrscht Deutschland auf dem rumänischen Markt. Graf Kanitz weist immer auf die Erfolge der französischen Zollpolitik hin. Ich glaube, er wird bei seinem vorzüglichen Gedächtnis sich auch an die Zollkriege erinnern, in die Frankreich durch seinen Minimaltarif mit der Schweiz gekommen ist. Die Folge davon war, daß die deutschen Händler den Vorteil vom Zollkriege hatten, und Deutschland jetzt auf dem Schweizer Markt herrschend ist. (Sehr richtig! links.) Auch unter dem Zollkriegzustande mit Spanien haben wir schwer gelitten. Mir sind darüber Hunderte von Schreiben Industrieller zugegangen. Es hat bis zum Jahre 1900 gedauert, bis da eine Besserung eintrat. Man muß sich also klar machen, was ein solcher Handelskrieg bedeutet. Freilich, die Herren auf der Rechten fragen nicht mit einem einzigen Wort nach dem Wohlergehen der anderen Berufsstände. Sie schieben lediglich die Landwirtschaft und die Interessenkreise, die sie dazu rechnen, in den Vordergrund. Herr Graf Kanitz hat ja auch so wunderschön von dem gräflichen Bauer gesprochen. Als es sich aber um die Bauernbefreiungen, um die Ablösungen handelte, und gerade auch in Ihrem Wahlkreis, Herr Graf Kanitz, da wurden die Bauern allerdings anders behandelt, da nahmen sie gerade in Preußisch-Holland den Bauern einen großen Teil der Bauerngüter weg, um sich einen möglichst großen Grundbesitz zu verschaffen. (Unruhe, Widerspruch rechts. Zuruf des Grafen Kanitz!) Ich will darauf nicht eingehen (Lachen rechts), es könnte Ihnen (nach rechts) nicht lieb sein. (Lachen rechts, Rufe: Nein.) Die Frage ist die, ob es möglich sein wird, auf Grund des neuen autonomen Zolltarifs neue Handelsverträge abzuschließen. Sie (nach rechts) sind freilich bereit, für den Großgrundbesitz die Vorteile einzustreichen in dem Moment, wo die Handelsverträge gekündigt werden, aber die Nachteile überlassen Sie den anderen Berufsständen, wenn Sie nur für sich etwas haben. (Lachen rechts.) Das ist ungefähr das schöne Verfahren wie beim Differenzeinwand. Herr Graf Kanitz hat damals jemand auseinandergesetzt, wie man immer an der Börse gewinnen könnte: Man spekuliert und streicht den Gewinn ein, wenn man gewonnen hat, und man spekuliert an einer anderen Stelle à la baisse und bezahlt nicht. So ungefähr ist es, wenn die Agrarier die Handelsverträge kündigen wollen, es ist ein Hazardspiel, das sie da treiben. Eine Regierung, die einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl hat, kann die Verträge nicht kündigen, ehe sie nicht neue gesichert hat. (Sehr richtig links.) Bisher galt es als ein nobile officium, bei schwebenden Verhandlungen die Regierungen nicht durch Debatten über den Verhandlungsgegenstand zu stören. Wir haben das befolgt, und als wir bei den Zolltarifdebatten nur hingewiesen haben, da waren wir die Agenten des Auslandes. Der Herr Staatssekretär hat Ihnen ja heute auseinandergesetzt, wie gefährlich die Debatten über solche Gegenstände während der Verhandlungen sind; er mag sich bei dem Herrn Grafen Kanitz und den anderen Herren Interpellanten bedanken für dieses gefährliche Spiel. Es ist den Konservativen überlassen geblieben, hier die Agenten des Auslandes zu spielen. (Lachen rechts.) Das ist der Dank, den sich die Regierung für ihr Eintreten für die „notleidenden" Agrarier erworben hat. Sie sagen freilich, wir wollen bloß den verbündeten Regierungen den Rücken stärken gegenüber dem Auslande. Meine Herren! Wenn mir jemand den Rücken stärken will, so halte ich das für eine schwere Beleidigung; ich habe einen starken Rücken (Heiterkeit), ich glaube, das werden Sie auch schon gemerkt haben. (Heiterkeit.) Die verbündeten Regierungen werden auch gut tun, in dieser Rückenstärkung eine nicht gerade sehr liebenswürdige indirekte Beleidigung zu suchen. Hier wird die Regierung nicht gestärkt, sondern es werden ihr Knüppel zwischen die Beine geworfen. (Sehr richtig! links.) Das hat ja Graf Posadowsky recht deutlich zu verstehen gegeben. An und für sich ist es ein schöner Gedanke, vernünftige handelspolitische Verhältnisse zu schaffen und die Exportprämien zu beseitigen. Der Weg der Exportprämien ist auch ganz und gar ungangbar, durch die bestehenden Exportprämien wird den inländischen Weiterverarbeitern das Material im Inlande verteuert und den ausländischen Weiterverarbeitern zu Schleiderpreisen geliefert, und dadurch wird die Konkurrenz der inländischen weiterverarbeitenden Industrie gegenüber der ausländischen aufs schwerste geschädigt. Mit den Exportprämien werden die deutschen Exporteure vollkommen der Willkür der ausländischen Zollverwaltung preisgegeben. Dieses System würde dahin führen, daß, wenn eine Ware im Inlande billiger verkauft würde als zum Beispiel nach Rußland, die russische Zollverwaltung berechtigt sein soll, Zuschlagszölle in der Höhe des Preisunterschieds zu erheben. Nun ist aber die Verwaltung gänzlich außer stande, festzustellen, ob bei verschiedenen Qualitäten einer Ware ein billigerer oder höherer Preis im Inlande oder Auslande vorliegt. Eine russische Gemeinde und eine deutsche Gemeinde zum Beispiel kaufen Kanalisationsrohre. Die deutsche Gemeinde, die solide wirtschaftet, kauft vielleicht eine Qualitätsware, und die russische nimmt mit einer minderwertigen Ware vorlieb. Aus dem Ergebnisse, das im Deutschen Submissionsanzeiger veröffentlicht wird, stellt der russische Zollbeamte fest, daß in Deutschland diese Ware sehr viel teurer verkauft wird als nach Rußland; er wird sich also sagen: hier liegt der Fall einer Exportprämie vor, also erhöhe ich den Zoll. Ich erwarte, daß die verbündeten Regierungen von der Unannehmbarkeit einer solchen Klausel in Handelsverträgen so vollständig durchdrungen sind, daß sie mit einer solchen Klausel keinen Handelsvertrag abschließen werden. Ein Mitglied der Mehrheit hat mir im Privatgespräch erst dieser Tage gesagt, daß unsere Industrieschutzzölle nur Schutzzölle für die Kartelle seien, und das ist in der Tat der Fall. Graf Kanitz möge doch einmal die internationalen Abkommen, wie zum Beispiel die Konvention über den Zucker, in sein Repertoir aufnehmen. Ich glaube, daß man von seiner Rede recht gut als von seinem Repertoir sprechen kann. Wenn zum Beispiel einmal die Eisenzölle international geregelt würden, so könnte die ganze Welt dafür dankbar sein. Das ist freilich ein Weg der Zukunft, und bis dieser Gedanke sich durchgerungen hat, werden wir noch Handelsverträge gebrauchen. Der Herr Reichskanzler wird wohl schon heute die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es besser wäre, er hätte dem Zolltarif nicht zur Annahme geholfen, er hätte dem parlamentarischen Staatsstreich damals nicht seinen Segen gegeben. Was wird nun, wenn es den verbündeten Regierungen nicht gelingt, ohne Mindestzölle und erhebliche Herabsetzung der Agrarzölle Handelsverträge zu erlangen? Die Konservativen werden ja Verträge ohne Mindestzölle u. s. w. ablehnen, und das Gleiche hat auch heute noch der Herr Abg. Herold versichert. Dann wird also fortgewurstelt. Das ist nicht gerade das Ideal einer Politik, und ich nehme an, daß es auch unsere leitenden Männer nicht gerade als Ideal empfinden, wenn sie in das Fortwursteln auch recht weit hineingeraten sind. Aber immer ist ein Fortwursteln mit den alten Verträgen noch weit besser als ein Zollkrieg, wie ihn Graf Kanitz anregte. Auch wir können einen Zollkrieg als ultima ratio verstehen, aber wir beurteilen vorher recht nüchtern die Grundlagen. Ein Land, das für 2½—3 Milliarden Industrierohstoffe, für 350—400 Millionen Nahrungs- und Genußmittel einführt, aber nur für 11—1200 Millionen Mark Fabrikate und Halbfabrikate, von denen noch die Hälfte Halbfabrikate sind, die unsere Industrie zur Weiterverarbeitung notwendig braucht, dagegen für 25 Millionen Mark Fabrikate ausführt: ein solches Land ist nicht in einer übermäßig günstigen Situation, um Zollkriege zu führen. Abg. Bernstein hat ja auch schon darauf hingewiesen, daß wir bestimmte Stoffe aus anderen Ländern beziehen müssen. Wir werden bald eine Million jährlichen Zuwachs haben, da gilt es, für diese Million Arbeit zu verschaffen. Der Unternehmer, der Kapitalist kann sich schließlich helfen gegen die Zollschranken des Auslandes, er errichtet eben eine Filiale im Auslande. In Bodenbach — dicht an der deutschen Grenze — gibt es 67 deutsche Filialfabriken. Er zieht mit seinem Kapital nach dem Auslande, stellt dort seine Maschinen auf, bringt ein paar Vorarbeiter dazu, oder er beteiligt sich an einem ausländischen Unternehmen mit Kapital. Deshalb ist es ein vollständiger Irrtum des Grafen Kanitz, wenn er glaubt, es ist die Großindustrie, die das eigentliche Interesse an den Handelsverträgen hat; im Gegenteil, die kann sich helfen. Die Kleinindustrie, die nicht über genügendes Kapital verfügt, die hat vorwiegend ein Interesse an den Handelsverträgen, und das allererste Interesse hat der Arbeiterstand und haben alle Handwerker und Kleinkaufleute sowie der ganze Mittelstand, die von dem Arbeiter abhängig sind. Die Aufgabe, die die Agrarier der Regierung stellen, ist absolut unmöglich, und Sie mögen die schönsten Wünsche aussprechen, Herr Kollege Herold, Sie verlangen etwas Unmögliches, denn zum Vertragschließen gehören zwei. Wenn der andere nicht auf diese Bedingungen eingehen will, kommt es eben nicht zum Vertrag, und mit der Landwirtschaft allein können wir unsere Bevölkerung nicht ernähren. In der Zeit der hohen Getreidepreise, in den 60er Jahren — damals hatten wir noch keine große Bevölkerung — haben wir jährlich bis zu 240,000 Seelen durch Auswanderung verloren; unter dem Schutze der Handelsverträge ist diese Zahl auf 29,000 zurückgegangen. Wir dürfen unser Volk nicht zum Auswandern zwingen. Wir wollen nicht durch hohe Agrarzölle den Großgrundbesitz begünstigen und die innere Kolonisation anhalten, sondern wir treten für den Kleingrundbesitz ein, damit Lebensbedingungen geschaffen werden, die ein kaufkräftiges Publikum in weiten Schichten der Bevölkerung in Handel und Industrie und in der Arbeiterschaft hervorbringen. Eine Politik, die dem Arbeiter das Brot verteuert und dem kleinen Grundbesitzer die Abnahme seiner Produkte erschwert, wirkt zerstörend, nicht aufbauend. Wir sind aber der Meinung, daß die beste deutsche Arbeit der Schutz des deutschen Außenhandels ist, und dafür wollen wir stets eintreten. (Lebhafter Beifall links. Lachen rechts.)

Abg. Graf **Schwerin**-Löwitz (deutschk., schwer verständlich):

Wenn die Höhe der Getreidezölle der alleinige Grund für das Nichtzustandekommen der Handelsverträge wäre, so könnte dies doch nur für Rußland und Rumänien gelten, aber nicht für die anderen Staaten. Indessen auch in Rußland stehen die Landwirte, deren Interessen vornehmlich in Frage stehen, auf dem Standpunkt, daß

Deutschland die Erhöhung der Getreidezölle nicht verbenten könne. Der Schwerpunkt liegt für Rußland nicht in der absoluten Höhe der Sätze, sondern in der Meistbegünstigungsfrage. Nach jener langen Nacht ist zwar aus Herrn Gothein, dem Saulus, kein Paulus geworden. Die Regierung hat ja heute eine andere Haltung eingenommen, sie hat unsere Interpellation beantwortet. Aber wir sind doch alle enttäuscht worden durch die Antwort, die wir erhalten haben. Etwas mehr konnten wir doch erwarten. Die Erklärung des Staatssekretärs war ausgezeichnet durch den absoluten Mangel an jeglichem Inhalt. Wir müssen deshalb die Taktik der Regierung notwendig einer Kritik unterziehen. Deutschland geht in diesen Dingen außerordentlich langsam vor und erscheint darin recht schwerfällig. Seit 1897 arbeiten wir an der Neuregelung. In derselben Zeit hat Amerika drei Tarife durchgeführt. Ist es denn nicht ein Unding, wenn man diesen vor sechs Jahren ausgearbeiteten Tarif in einigen Jahren ausgestalten, inwieweit dieser Zolltarif noch zeitgemäß und durchführbar sei. Es ist ja ganz erklärlich, daß unsere Unterhändler hinzugezogen werden, denn das Ausland steht sich ja gut dabei. Man wird unseren Unterhändlern sagen, unser Regierung liegt ja nichts an einer Beschleunigung, sie hat ja abgelehnt, sich auf einen Termin zu binden. Ich bestreite auch, daß durch die Kündigung der Verträge mit Rotwendigkeit ein vertragloser Zustand herbeigeführt wird. Redner, der zum Schluß seiner Ausführungen völlig unverständlich geworden ist, schließt unter lebhaftem Beifall der Rechten.)

Abg. **Kämpf** (fr. Vp.):

Herr Graf Kanitz ist so freundlich gewesen, mich hier wiederholt persönlich in die Erörterung zu ziehen. Ich danke ihm für diese Liebenswürdigkeit und würde mich noch mehr freuen, wenn ich mit ihm Hand in Hand gehen könnte, um das Börsengesetz zu beseitigen. Das wird aber wohl vorläufig noch nicht der Fall sein. Ich hoffe, daß die Regierung sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt wird und die unerhörte Erhöhung der Zölle nicht durchführt. Ich meine, man darf hier nicht blos von der Landwirtschaft sprechen: es gilt auch sozusagen noch neben der Landwirtschaft Erwerbszweige. Man rechnet auch immer die Vorteile uns vor, die die Landwirtschaft hat, darum sagt man nicht, daß es kein billiges Brot, kein billiges Fleisch u. s. w. mehr gibt? Da zögert man, diese Erkenntnis unter das Volk zu bringen. Ich kann als einen günstigen Handelsvertrag nur den anerkennen, der für unsere Exportindustrie genügend sorgt, entweder Waren- oder Menschenexport, das ist die Frage, die zu lösen sollen. Ein Zolltarif mit den vorgeschlagenen Zöllen bringt uns keinen Handelsvertrag, sondern er führt uns nur zur Anmeldung unseres moralischen Bankrotts. Hat die Geschichte der englischen Kornzölle Sie denn garnichts gelehrt? (Zuruf: Chamberlain!) Zolltriege sind für unser Vaterland ebenso nachteilig und in den Folgen beinahe wie Kriege, die mit Blut und Eisen geführt werden. Ich vermisse noch immer eine eingehende Begründung der Notlage der Landwirtschaft. Durch ewig wiederholte Behauptungen wird die nicht bewiesen. Die Subhastationsstatistik beweist uns die Notlage nicht im geringsten. Daß der unter so großen Geburtswehen (Heiterkeit) in die Welt gesetzte Zolltarif seinen Zweck verfehlt hat, darüber, glaube ich, sind wir einig. Sollte er jemals in Kraft gesetzt werden, so würde er ein namenloses Unglück für Deutschland sein. Sorgen Sie dafür, daß die Regierung sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt wird und eine weitausschauende Handelspolitik treibt, die auf das Wohl des ganzen Landes sieht!

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky:**

Aus diesen Verhandlungen werden Sie ersehen haben, wie ungeeignet es ist, während internationale Verhandlungen schweben, solche Erörterungen herbeizuführen. Unsere Lage wird sicher nicht gestärkt, wenn man den Zolltarif als ein ungeeignetes Instrument erklärt. Dem möchte ich dem hohen Hause doch einmal zur Erwägung vorführen. Daß wir überhaupt zu Handelsverträgen zu kommen hoffen, habe ich bereits ausgeführt. Wir werden ein Kompromiß herbeiführen mit den anderen Staaten, dazu berechtigt mich die starke wirtschaftliche Stellung Deutschlands. Graf Schwerin hat mir vorgeworfen, daß ich eine Tatsachen angeführt habe. Verlangen Sie von uns, daß wir uns geschenkte Vertrauen der fremden Staaten mißbrauchen und hier Sachen mitteilen, deren Geheimhaltung wir mit unseren Kontrahenten verlangen? (Bewegung.) Glauben Sie, daß wir mit sieben Stunden so schnelle Handelsverträge zu stande bringen können? Wir haben uns mit Absicht nicht verpflichtet, einen bestimmten Termin in das Gesetz aufzunehmen. Bei Handelsverträgen handelt es sich nicht um Tage, Wochen, sondern um Monate. (Bewegung.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.):

Die Herren von der Linken haben sich auch heute wieder als diejenigen gezeigt, die der Regierung den Abschluß der Handelsverträge erschweren. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Wenn die Vertreter einer Partei, die drei Millionen Stimmen hinter sich hat, erklärt, mit dem neuen autonomen Tarif lasse sich kein Vertrag mit dem Ausland abschließen, wenn die Herren Kampfgegner sich ja gesagt!) An der Höhe der Getreidezölle werden die Verhandlungen nicht scheitern. Die Herren von der Linken haben uns bei den Tarifverhandlungen immer gesagt, den Zoll trage der Verbraucher; da muß es doch dem Volke gleich sein, welchen Zoll wir unseren Bevölkerung auferlegen. Die Herren, die heute wieder so sehr die Stellung der Regierung erschwert haben, das sind in der Tat die Agenten des Auslandes. (Lebhafte Zustimmung des Centrums. Lärm auf der Linken. Zuruf des Abg. **Bernstein:** Wir haben die Interpellation nicht eingebracht.) Ach, was soll das heißen: „Wir haben die Interpellation nicht eingebracht! Man muß doch nach den Bewegungen sehen! Auch meine Partei hat einmütig gegen den neuen Zolltarif gestimmt! Auch wir wollen uns verlangen einen ausreichenden Schutz der Landwirtschaft, aber wir auch nicht entscheiden wollen, ob es angebracht war, diese Interpellation jetzt einzubringen. Das Volk hat ja nach diesen Zolltarif-Debatten gesprochen, und die Parteien, die dafür gestimmt haben, sind zurückgeschwächt wiedergekehrt. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Das Centrum und meine Freunde sind ungeschwächt wiedergekommen; die Konservativen haben nur wenige Sitze verloren. Lediglich auf der Linken ist eine Verschiebung eingetreten. (Erneute Unruhe links.) Sie haben also keinerlei Grund, immer und immer auf diese alten Verhandlungen zurückzukommen. Darin stimmen wir auch nicht entschie

PARIS Place du Palais-Royal. **GRAND HOTEL DU LOUVRE** PARIS Place du Palais-Royal.

Genau im Centrum von Paris gelegen. — Etablissement allerersten Ranges — vollständig renovirt.
Neue Wohnungen mit Privat-Badezimmer. — Sehr mässige Preise.

Sanatorium Schreiberhau

Riesengebirge Bahnstation.

Wasser- u. Lichtbäder. Massage-, Diät- u. andere organische Kuren. — Sommer und Winter besucht. — Prospekte gratis und frei.

Dirig. Arzt Dr. med. Felix Wilhelm, früher Assistent von Dr. Lahmann.*

Alleinige Fabrikanten:
Deutsche Benedictine-Liqueur-Fabrik
Friedrich & Comp., Waldenburg i. Schl.

Geldschränke,

Kontormöbel, billigste Preise, auch Ratenzahlung. **Kaufnachweis wird honoriert.**
R. Hinze & Co.,
Berlin, Alexandrinenstr. 93/94.
Vertreter a. all. Ort. **erwünscht.**

Geschmigt für den Bereich der ganzen Monarchie. 250,000 Loose à 3 Mk., 11 388 Geldgewinne

Geld-Lotterie

zur Freilegung des Kgl. Schlosses in Königsberg in Preussen.
Zahlbar ohne Abzug.
Hauptgewinne Mark:

	100000
	20000
	10000
	5000
	3000
	2000
ferner 10 mal	1000
20 mal	500
50 mal	200
100 mal	100
200 mal	50
3000 mal	10
7500 mal	5
	37500

LOOSE à 3 Mark
Porto u. Liste 30 Pfg. extra versendet der General-Debit
A. Molling, Hannover.

Gelegenheitskauf!

Schlafdecken
in Wolle, extra schwer
à 3.50, 4.50, 5.00, 6.00 M.

Kameelhaardecken
à 7.50, 9.00, 12.00, 15.00 M.

Normaldecken (buntfarbig)
à 2.00, 3.00, 4.00, 5.00 M.

Plüschreisedecken
aparte getigerte Muster
à 4.50, 6.00, 8.00, 10.00 M.

Pferdedecken
à 2.50, 3.50, 4.50, 5.50 M.

Versand per Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Fehlerhafte Decken spottbillig!

Sanatorium Bad Grüna

i. Sa.

Kuranstalt 1. Ranges f. physikalisch-diät. Heilmethoden. Das ganze Jahr geöffnet. 2 Anstaltsärzte. Ill. Prosp. gratis u. fr. durch den Direktor **Richard Schenk.**

Ich empfehle Ihnen
in Berlin
das **Hotel zur goldenen Gans**
Heiligegeist-Strasse 51,
vis-à-vis der Börse.
Sie zahlen da
fürs Zimmer mit gutem Bett inclusive Frühstück täglich
2 Mark.

Duisburg a. Rh.
Berliner Hof
direkt am Bahnhof.
P. Weinen.
Eisenbahnbureau im Hotel.

Duisburg
Hotel Wilhelmshof
früheres **Kaufhaus v. E. Loewe**
Neu eröffnet.

Die verlor. Nervenkraft
h. durch **Jost,** Chausseestr. 117, 9—3, 5—9, trotz bewährt. Alters wiederert. M. L. Alle spec. Harn-, Frauen-Nerv.-L., Schwäche rc. Ausk. g. Marke.

Für Anschlußgleise
geeignete gebrauchte Normalschienen und Normalweichen äußerst billig abzugeben. **Smoschewer & Co.,** Breslau II.

Die Selbsthilfe.

Wichtig für Leidende, die auf den Folgen früherer Vorirrungen, als **Nervöse-Schwäche, Schlaflosigkeit,** wüstes **Kopfweh, Gemüths-** und **Rückenmarksleiden,** laboriren. — Dem hier gegebenen bewährten ärztlichen Rath verdanken jährlich Tausende ihre Herstellung. — Preis sub Couvert 2 Mk. in Briefmarken. Zu beziehen durch die

Verlagshandlung H. Schultze
Wien, Hartlstrasse Nr. 71.

Hülfe in Frauenleiden. Frau **Krüger, Berlin,** Albrechtstr. 23, I. I.*

Damen finden liebevolle, streng geheime Hülfe. Hebamme **Köhlers, Berlin N.,** Bovenstr. 4.*

Damen wenden sich vertrauensvoll in jeder diskreten Angelegenheit an Frau **Kramer, Berlin,** Waldemarstr. 35a.

Damen wohlhabender Stände finden im ärztlichen Hause diskrete Aufnahme zur Entbindung. Näheres **H. A. T. 9 Postamt 48, Berlin.**

Damen fünn. j. vertrauensv. wend. Ww. **Schulz,** fr. Dh., Berlin, Gr. Frankfurterstr. 68, II., Hinterh. part.

Damen disting. Kreise können sich vertrauensv. a. Fr. O. Regler, Kommandantenstr. 25, wenden, früh. Geburtsh., Berlin und Wiesbaden.*

Hebamme Stiegel, jetzt Neanderstr. 37.†

Damen, welche d. Hilfe ein. str. diskr. Hebamme bed., wend. s. i. all. Fall an E. Sack, Friedenau, Beckerstr. 6. Auf. jederzeit. Diskr. Pens. Nichtmeld.

Neue, epochemachende Broschüren von **Dr. A. Prinz,** Badearzt in Marienbad, u. a. über die rationelle Behandlung von

Gicht,

Podagra, Rheumatismus, Nierenkrankheiten, Steinleiden u. deren schädliche Folgen (Nieren- und Blasensteine, acut. u. chron. Nierenentzündungen, rheumatische Leiden (Lumbago, Ischias) rc. rc.). Zahlreiche lobende, zum Theil geradezu begeisterte Dankschreiben von Professoren, Aerzten, u. a. Prof. Dr. Schweninger, Leibarzt des Fürsten Bismarck, Prof. Dr. Ebstein, Geh. Rat Dr. Boimer, Privaten rc. rc.

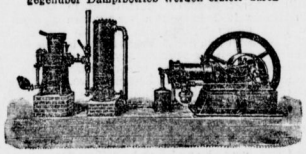
Ausführliche Prospecte gratis und franco durch den Verlag von
C. M. L. Seeger,
Berlin SO. 16.
Michaelkirchplatz 14.*

Wichtige Bücher-Auction.
Sammlung René Della Faille de Waerloos in Antwerpen, u. A.
25.—28. Januar 1904.

Manuskripte und kostbare alte Bücher
über Geschichte, Genealogie, schöne Künste, Sport, Kostüme, Uniformen, Atlanten, Americana, Botanik und Gartenbau etc. 1547 No.
Der Katalog zu beziehen von
Frederik Muller & Co.
Amsterdam, Doelenstraat 10.*

Flügel — Pianinos
STEINWEG NACHF. GROTRIAN
Filiale: Berlin, Wilhelmstr. 98.

Bis zu
60% Brennstoff-Ersparniss
gegenüber Dampfbetrieb werden erzielt durch



Saug-Generatorgas-Anlagen mit Original-Otto-Motoren.

Brennstoffkosten pro eff. Pferdekraftstunde
½—1½ Pfg.

Kein Dampfkessel, daher concessionsfreie Aufstellung. Wenig Bedienung. Schnelle Betriebsbereitschaft. Geringer Raumbedarf.
Ueber 800 Anlagen mit mehr als 26000 PS verkauft.
Motoren für Leuchtgas, Spiritus, Benzin, Petroleum, Locomobilen und Locomotiven.
Kaiserpreis 1902. Höchste Auszeichnung der Deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft auf Spiritus-Lokomobilen.

Gasmotoren-Fabrik Deutz
Zweigniederlassung und Fabrik Berlin
NW. 87, Huttenstr. 34—35.*

Für Geschäftsleute von großem Wert
Adressbuch
der Stadt und des Kreises Gießen 1904
enthält die Adressen des über 80,000 Einwohner zählenden Kreises mit Stadt
GIESSEN.
Zu beziehen zum Preise von M. 3.— bei freier Zusendung durch die
Bruhl'sche Universitäts-Druckerei Giessen
(Großherzogtum Hessen).

Cherry Brandy allein echt
PETER F. HEERING
COPENHAGEN.
Repräsentant: **Adolf Jörss, Berlin SW.**

Dr. Struve & Soltmann
Berlin SW. 13,
Hollmann-Strasse 25.
Fernsprecher Amt IV No. 1641.
Königsberg i. Pr., Breslau.
Gegründet 1823.

Schutz-Marke.

Die ältesten Fabriken zur Herstellung künstlicher Mineralwässer.

Ausschliessliche Verwendung destillierten Wassers.
Sorgfältigste Nachbildung der Quellen. Stets frische Füllung.
Erfolg der Kurwässer durch 80jährige Erfahrung erwiesen.
Selters u. Soda (stark u. schwach kohlensäurehaltig), Ahrthaler, **Harzer Sauerbrunnen** m. Kork 20 ½ L.-Flaschen M. 2.20, mit Patentverschluss 20 ½ L.-Flaschen M. 2.—.
Künstlicher Fachinger und **Bilinser,** nur mit Kork, 20 ½ L.-Flaschen M. 2.80, **Brauselimonaden.**
Ferner: **Künstlicher Emser, Marienbader, Karlsbader, Salzbrunner, Wildunger etc. etc.** Alle Preise ohne Glas.
Neu! Künstliche Mineralwassersalze in Tablettenform, praktisch, bequem, billig, kein Verlust durch Umschütten.*
Preisverzeichnisse
für sämmtliche Präparate stehen zur Verfügung.

Wijnand Fockink
Gegründet Amsterdam im Jahre 1679

Hoflieferant Ihrer Majestät der Königin der Niederlande, Seiner Majestät des Königs von Preussen u. anderer europäischer Höfe.

ff. Liköre: **Anisette, Curaçao, Cherry-Brandy** u. s. w.

Käuflich in allen besseren Delikatess-, Weinhandlungen und Konditoreien.

Alleinige Filiale in Berlin, Friedrichstrasse 77, nahe der Jägerstrasse. — Telephon I, 3338.*

Verwirter Kaufmann,
der demnächst nach Shanghai fährt, sucht Commissionen u. Vertretungen für
China und Japan
mitzunehmen. Demselben steht dort auch ein seit Jahren mit dem Export-Import und den dortigen Verhältnissen vertrauter Bruder zur Seite. Prima Referenzen. Gefl. Zuschriften unter **„Solid und verläßlich 9089"** bef. **Rudolf Mosse, Wien I,** Seilerstätte 2.

Berliner Lagerhaus-Gesellschaft m. b. H., Wattstr. 11/12
Lagerung v. Möbeln u. Waaren aller Art mit geringen Kosten. Beleihung

---

Die Direction der russischen Südwestlichen Staatseisenbahnen
bringt hiermit zur allgemeinen Kenntnisnahme, dass dieselbe, um die Vermittelung zwischen den Wareneigentümern und den Zollämtern, in welchen die Zollformalitäten erledigt werden sollen, zu erleichtern, auf allen ihren Grenzübergangspunkten, und zwar: in **Grajewo, Radziwilow, Wolczysk, Nowoselitza, Unsheni** und **Reni**
Zollagenturen errichtet hat,
welche für ihre Tätigkeit sehr minimale Taxen, die von unserem Finanzministerium seit dem 27. April 1900 bestätigt sind, erheben. Wareneigentümer, welche die Dienste dieser Agenturen in Anspruch zu nehmen wünschen, müssen die betr. Sendungen entweder mit internationalen Frachtbriefen an die Güterempfangsstationen oder aber an die Zollagentur der russischen Grenzübergangsstationen adressieren, wobei, im letzteren Falle, die Zollagentur laut Weisung der Wareneigentümer die Weiterbeförderung der Sendung besorgt.
Genaue Auskünfte und die Gebührentaxen sind bei dem Leiter unserer Wiener commerciellen Agentur Herrn W. R. Huber I. Canovagasse 3, bei den Chefs der obenerwähnten Agenturen oder von der Vorschuss- und Commissions-Abteilung bei der Direction der Südwestlichen Staatseisenbahnen in Kieff, zu erhalten.†

Luxus-Möbel-Fabrik
sehr leistungsfähig, gut eingeführte **Vertreter**
gegen **Provision** in größeren Städten des In- und Auslandes. Offert. u. **E. W. 1097,** Exp. d. Bl., Prinzenstr. 41.

Ansichtskarten
Fabr. beliebt. Grosso-Offert. einzureich. **Carter & Co.** 281 City Road London E. C.*

Erfinder.

Eine **renommirte Maschinenfabrik** mittlerer Größe, gut fundirt, beabsichtigt eine weitere gute Specialität aufzunehmen. Herren, welche eine lohnende Fabrikation resp. aussichtsvolle Erfindung anzubieten haben, werden gebeten, Offerten unter **F. K. J. 432** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** abzugeben.*

Behufs **Angliederung** eines neu zu gründenden
elektrotechnischen
Geschäfts an ein bestehendes techn. Unternehmen suchen zwei geschäftsgewandte akad. gebild. Ingenieure mit Kapital und reichen Erfahrungen im In- und Auslande **Annäherung** an ein in Industriekreisen gut eingeführtes **Agentur- Installations-** oder **Fabrikationsgeschäft.** Offerten unter **J. L. 2096** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Eine gut **eingeführte Firma,** die ganz Deutschland bereisen läßt, sucht noch einige
gute Vertretungen
der **Möbelbranche.** — Offerten unt. **E. Z. 1098,** Exped. d. Bl., Prinzenstraße 41 erbeten.

Vertretungen
von einem Modes u. Putz-Geschäft mit oder ohne Depot bei einem
Pariser Verleger
gesucht. Ia Referenzen. Gefl. Offert. unter **K. U. 1214** an **Rudolf Mosse, Köln a. Rh.***

Eine leistungsfähige Fabrik für Kleider-Bügel sucht für **Berlin,** sowie an größeren Plätzen
Platz-Vertreter,
welche mit dem Artikel gründlich vertraut und bei der Kundschaft gut eingeführt sind. Off. unter **F. 528** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Chemnitz.***

Der Schokoladebranche verwandte Artikel werden in Skandinavien zu vertreten gesucht von den Generalvertretern der Firma:
Theodor Hildebrand & Sohn, Berlin.
Hannoversche Cakes-Fabrik, Hannover.

Adr. **Chr. Rosenstand,** Løngangsstr. 23, **Kopenhagen.**

Vertreter für Berlin
und Umgebung **sucht** leistungsfähige, modern eingerichtete **Cigarrenfabrik** in Berlin. Branchekundige gut eingeführte Herren bevorzugt. Offert. unt. **J. O. 8290** an die Exp. d. Bl. SW.

Rezept
zur Anfertig. eines bereits im Betrieb sehr befindl. vorzügl. Heilmittels für Magen- u. Darmkranke rc. soll unter günstigen Bedingungen verkauft werden. Gefl. Anfragen u. **J. N. 326** a. **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

---

27 Karlstraße 27
nahe dem Friedrichstraßen-Bahnhof, vis-à-vis dem Kaufhaus Schinmann, in Neubau, 1 Laden und Geschäftswohnung von zusammen 127,22 qm, seit 8 Jahren von einem Anfertigungs-Geschäft von Sanitäts-Gerätschaften benutzt, zum 1. April 1904 für 7000 Mark zu vermieten.
Näheres bei der **Eigenthümerin NW. Mittelstr. 2—4, III.**

Wer seine Kundschaft vergrössern will, der verlange gratis einen Adressenkatalog all. Branchen vom Adressen-Verlag **Max Wundermann,** Berlin SW., Lindenstr. 115.

A well introduced London Agency is open to negociate with a manufacturer of Ladies' underwear, cotton, wool and silk. Highest references. Address **F. S., care Davies & Co., Advertising Agency, 23 Finch Lane, London.**

Laden,
3 Schaufenster, Nebenräume, Keller, der s. erb. Hauptwerftstatt der Kgl. Eisenbahn, beste Lage, zu vermieten. **Schneidemühl, Eichstädt.**

Eine seit 10 Jahren in der Colonialwaren-Branche in ganz Oesterreich-Ungarn sehr gut eingeführte, prima kollorierte Firma, wo der Chef seit 2 Reisende stets auf der Tour hat, übernimmt die
Vertretung
eines nur wirklich leistungsfähigen Hauses. Gefl. Anträge unter **„W. 6829"** befördert **Rudolf Mosse, Wien, I.,** Seilerstätte 2.

Hamburger Grossist sucht Verbindung mit leistungsfähiger Firma eiserner Gartenmöbel.
Offerten erbeten u. **H. W. 6** an **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Vertrauliche Auskünfte
über **Vermögens-, Familien- und Privat-Verhältnisse** auf alle Plätze der Welt werden sehr gewissenhaft erteilt, auch werden **Beobachtungen** und **Recherchen** jeder Art übernommen.
Beyrich & Greve, Halle a. S., Internationales Auskunftsbureau.